

Kehrtwende jetzt – für eine bessere Waldpolitik im Bund und in der EU

In Bayern und Baden-Württemberg ist die Hälfte aller deutschen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer zu Hause. Hier liegen über 40 % der deutschen Privat- und Kommunalwaldfläche. Unsere Wälder sind über Jahrhunderte hinweg durch eine aktive, nachhaltige Bewirtschaftung geprägt. Sie ist der beste Garant für vielfältige Wälder. Die süddeutsche Forstwirtschaft zeichnet sich durch Mischwälder mit hohem Nadelholzanteil und die weltweit höchsten Holzvorräte aus. Die Bindung der Eigentümerinnen und Eigentümer an ihren Wald ist traditionell hoch. Waldbesitzer und Forstbetriebe übernehmen tagtäglich Verantwortung für den Wald. Unser Wald ist Heimat und Lebensgrundlage für uns Menschen.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis der Politik zu einer aktiven Waldwirtschaft. Insbesondere auf Bundes- und EU-Ebene fehlt dies bislang. Waldpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn die Rechte und Interessen der Waldbesitzer konsequent gewahrt bleiben und ihnen Vertrauen entgegengebracht wird.

1. Aktiver Waldumbau im Klimawandel

Der Klimawandel verändert unsere Wälder tiefgreifend. Die aktuelle Hitze und Trockenheit zeigen, dass intakte Wälder für uns Menschen unverzichtbar sind. Für ihren Erhalt ist ein entschlossenes und rasches Handeln auf allen Ebenen nötig. Nur durch eine gezielte Pflege junger Wälder, den Abbau von Übervorräten und den Waldumbau – auch unter Einbringung neuer Baumarten – sichern wir ihre Leistungsfähigkeit für kommende Generationen. Immer mehr Bürokratie und eine rückwärtsgewandte Rechtssetzung – wie bei der EU-Wiederherstellungsverordnung – zerstören dagegen unsere Wälder.

2. Holznutzung und Holzverwendung ausbauen

Unsere Wälder liefern den Super-Rohstoff Holz. Durch die nachhaltige Nutzung entzieht heimisches Holz der Atmosphäre kontinuierlich CO₂. Gemeinsam sind unsere Wälder und unser heimisches Holz der Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele. Als nachwachsender Rohstoff ersetzt Holz klimaschädliche Baumaterialien. Als Energieträger ist es ein unverzichtbarer Baustein der Wärmewende. Holz generiert Einnahmen für Familien, Kommunen sowie Landesforstbetriebe und finanziert notwendige Investitionen – nicht zuletzt in die Pflege und den Erhalt unserer Wälder.

In Süddeutschland hat der Holzbau traditionell eine hohe Bedeutung. Bayern und Baden-Württemberg sind Vorreiter bei einer modernen und innovativen Holzverwendung. Diese Erfolgsgeschichte sowie die Förderung der holzbasierten Bioökonomie weiter zu stärken, muss fester Bestandteil der Politik bleiben. Weitere ideologische Behinderungen für die energetische Holznutzung sind abzulehnen

3. Wirtschaftliche Rolle des Waldes stärken

Seit einigen Jahren verengt sich der walddpolitische Fokus einseitig auf ökologische Aspekte und blendet andere unverzichtbare Ökosystemleistungen aus. Insbesondere die ökonomische Funktion des Waldes als wichtigster nachwachsender Rohstoff- und Einkommensquelle wird in der Politik vernachlässigt. Um den Erhalt der Wälder dauerhaft zu finanzieren, brauchen Waldbesitzer verlässliche Einnahmen aus dem Holzverkauf sowie neue Erlösquellen – etwa durch die Windkraft oder die Honorierung der CO₂-Speicherleistung. Besondere Aufwendungen, beispielsweise für Naturschutz oder Trinkwasserbereitstellung, müssen entgolten werden. Politische Eingriffe, wie die geplante Deckelung von Pachterträgen für Windkraft im EEG, lehnen wir ab.

4. Subsidiarität erhalten

Wälder und forstliche Strukturen in Europa und in Deutschland sind vielfältig. Die Forstkompetenz der Länder ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche und praxisnahe Politik. Dies gilt sowohl für das Ordnungsrecht als auch für die Förderpolitik. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) muss das tragende Fundament der Waldförderung bleiben und finanziell weiter gestärkt werden.

5. Bundes – und EU-Bürokratie stoppen

Sowohl auf Bundesebene als auch in der EU sind der Abbau der Bürokratie und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wichtige politische Ziele. Die Europäische Union muss sich auf weltpolitische und gesamtwirtschaftliche Weichenstellungen konzentrieren, statt über ihre originären Kompetenzen hinweg die Bewirtschaftung vor Ort zu reglementieren.

Die EUDR und die EU-Wiederherstellungsverordnung sind Negativbeispiele für inkonsistente und praxisferne Regelungen, fehlende Finanzierung sowie massiven Bürokratie- und Monitoringaufbau. Der Erhalt unserer Wälder in Zeiten des Klimawandels muss oberste Priorität haben. Viele EU-Regularien, wie die EUDR und die EU-Wiederherstellungsverordnung verhindern dies. Ein Aussetzen und die Anpassung der W-VO auf EU-Ebene sind daher unverzichtbar.

Deutschland muss aufhören, EU-Vorgaben durch einen Goldstandard zusätzlich einseitig zu verschärfen. Dies wurde im Koalitionsvertrag der Bundesregierung zwar beschlossen, es spiegelt sich in der politischen Arbeit aber nicht wider. Beispielsweise muss der Entwurf des Nationalen Wiederherstellungsplan jetzt vollständig überarbeitet werden.

Um unseren kleinstrukturierten Besitzverhältnissen gerecht zu werden, müssen bei der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse den Primärproduzenten gleichgestellt und auf eine Geolokalisierung verzichtet werden. Dieses ist rechtssicher von Deutschland umzusetzen.